

2030 – nach uns die Zukunft



Inhaltsverzeichnis

2030 – Vorwort	3
Mobilität für alle – intelligent und gerecht	6
Bildung und Kultur – Teilhabe für alle	8
Technische Infrastruktur – kommunal und bedarfsgerecht	10
Flächenverbrauch – Innenverdichtung statt Zersiedelung	12
Energieversorgung – effizient und erneuerbar	14
Landwirtschaft – ökologisch und gentechnikfrei	16
Freizeit und Tourismus – Chance für ländliche Regionen	18
Gesundheitspolitik – flächendeckende Versorgung	20
Einkaufen – Stadt der kurzen Wege	22
Wohnformen von morgen – flexibel und generationengerecht	24
2030 – Beste Beispiele	26

2030 – nach uns die Zukunft

Klimawandel, demographische Entwicklung, Artenschwund und das allmähliche Ende der fossilen Energieträger werden unser Leben verändern, ob wir es wollen, oder nicht. Es ist daher an der Zeit, sich Gedanken zu machen, welche Weichenstellungen wir jetzt schon vornehmen können, oder welche Ansätze es bereits gibt, mit diesen sich verändernden Rahmenbedingungen vernünftig umzugehen.

Sich auf zukünftige Entwicklungen einzustellen bedeutet, die Chance für verschiedene Gruppen auf gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben nicht aus den Augen zu verlieren. Dazu gehören Arbeitsplatz- und Einkommenschancen, zivilgesellschaftliches und politisches Engagement, schulische und berufliche Ausbildungsangebote sowie die Möglichkeiten zur beruflichen und persönlichen Qualifizierung. Bei allen Unterschieden zwischen den Regionen müssen die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Wohnort, Alter und Geschlecht gewährleistet sein.

Kirchturmdenken, ineffiziente Konkurrenz zwischen Kommunen, einseitige Fixierung auf überkommene

Energieträger, Industrie und industrialisierte Landwirtschaft sowie planlose Subventionen haben zukunftsfähige Entwicklungen vielerorts behindert.

Investitionen von heute bestimmen das Leben in der Zukunft

Es gibt viele Szenarien, die aus den unterschiedlichsten Motivationen heraus gezeichnet werden: mal schwebt über jedem Haus ein fliegendes Windkraftwerk wie ein Drache, mal fahren alle Menschen mit elektrisch gesteuerten persönlichen Schienenfahrzeugen. Es gibt aber auch die Befürchtung, dass nur noch eine kleine Minderheit am mobilen Leben teilnehmen kann. Keiner von uns kann sagen, was tatsächlich in 20 oder gar 40 Jahren sein wird. Doch wir wissen, dass wir heute dafür verantwortlich sind, wie wir morgen leben. Alle Investitionen in die technische und soziale Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge sind langfristige Investitionen. Bei Verkehrswegen und Leitungsnetzen spricht man von einer Lebensdauer von über 40 Jahren – das heißt alle Investitionen von heute ziehen Erhaltungskosten für morgen nach sich.

Entscheidungszentrum Kommune

Die Kommunen als zentraler Ort der öffentlichen Daseinsvorsorge und des zivilgesellschaftlichen Engagements brauchen besondere Unterstützung. Um den notwendigen Umbauprozess einzuleiten, brauchen wir einen Paradigmenwechsel: weg vom Leitbild des Wachstums, steigenden Bevölkerungszahlen, größerer Infrastruktur und größerem Flächenverbrauch, hin zu einem qualitativen und lebenswerten Ansatz.

Vielen Kommunen fehlt derzeit eine ausreichende wirtschaftliche Basis. Darauf müssen wir reagieren, wenn wir die Lebensgrundlage für die Menschen auf dem Land erhalten wollen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Eigenständigkeit einer Gemeinde ist dabei die Mobilität ihrer Einwohnerinnen und Einwohner.

Es ist sicher, dass gerade im ländlichen Raum künftig zum Teil deutlich weniger Leute leben werden. Damit wird es für die Anbieter der Daseinsvorsorge wie Post, Telekommunikation, Gesundheits- und Pflegewesen, Einzelhandel usw. noch weniger attraktiv, sich in diesen Dörfern zu engagieren.



Die Politik von HEUTE muss sich an ihren Folgen für MORGEN messen lassen!

Für die öffentliche technische Daseinsvorsorge, also für die Kanalisation, die Wasserversorgung etc. wird es teurer die entlegeneren Regionen zu versorgen.

Auch in der Stadt wird sich vieles verändern – Vieles ist möglich, Vieles dabei ist wünschenswert, Vieles kann vor allem durch kluge und kreative Ansätze verbessert werden. Hier müssen wir heute an den Stellschrauben drehen, damit nicht irgendwann riesige Flächen verbaut sind, und im Gegenzug dazu die Innenstädte total veröden.

Gemeinsam für bessere Lebensqualität

Die verbleibende Bevölkerung wird nicht nur älter, sondern auch *anders* mobil. Die prognostizierte Entwicklung wird nicht „über Nacht“ passieren. Durch gezielte Ideen, Konzepte und Programme können wir dazu beitragen, dass sie positiv beeinflusst wird. Grüne Politik setzt Impulse zu einer integrierten Entwicklung – und für eine Entwicklung der Eigenverantwortung.

Um junge Menschen und Familien auf dem Land zu halten, ist es ebenso wichtig, die Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs sicherzustellen, wie die Möglichkeiten einer wohnortnahen schulischen Grundausbildung zu garantieren. Eine höhere Lebensqualität können wir nur durch gemeinsames Handeln erreichen.

Mittlerweile hat sich eine gewisse Nachhaltigkeitsrhetorik selbst in der konservativen Partei durchgesetzt. Dieser Rhetorik müssen politische Weichenstellungen folgen, um einen Wandel, so wie wir ihn uns wünschen, auf den Weg zu bringen. Wir brauchen also jetzt und heute die Debatte und die kleinen Änderungen und kreativen Ideen, denn das Zeitfenster, um die Zukunft in unserem Sinne zu beeinflussen, wird von Jahr zu Jahr kleiner.

Lernen von positiven Beispielen –
Nicht jede Gemeinde muss das Rad neu erfinden!

Mit dieser Broschüre will ich nicht nur die dringend nötige Diskussion anstoßen, wie wir in Stadt und Land auf die verschiedenen sich verändernden Rahmenbedingungen eingehen könnten, sondern ich will einen Schritt weiter gehen und, wo möglich, positive Beispiele nennen, wie wir kleine Schritte in Richtung einer lebenswerten Zukunft schon heute gehen können.

Dr. Toni Hofreiter

Toni Hofreiter



Mobilität für alle – intelligent und gerecht

Der demografische Wandel und die Verknappung der fossilen Brennstoffe stellen unsere Verkehrssysteme vor eine große Herausforderung.

Es wird wahrscheinlich trotz sinkender Bevölkerungszahl weiter wachsende Metropolen geben, in denen tagtäglich der Verkehrskollaps droht. Auf der anderen Seite rechnen sich schon heute manche Angebote des ÖPNV im ländlichen Raum nicht mehr.

Mehr alte Menschen als heute werden vermutlich Autofahren, aber mehr alte Menschen werden auch weniger Berufsverkehr verursachen und mehr Mobilität für Freizeit und Kultur wünschen. Dem steht gegenüber, dass das Straßennetz in Deutschland quasi vollständig ist. Jede weitere Straße muss gut überlegt werden, natürlich wegen des Flächenfraßes, aber auch wegen der späteren Erhaltungskosten.

Die Herausforderungen treffen also zum einen den Straßenbau und zum anderen den Öffentlichen Verkehr. Es wird hier sicherlich keine pauschale Lösung geben, sondern nur eine für jede Region und auf jede spezifische Situation angepasste Lösung. Das Instrumentarium dafür unterscheidet sich für Stadt, Land und auf Bundesebene.



Maßnahmen auf Bundesebene:

- Umwidmung des Bundesverkehrswegeplanes in einen grünen Mobilitätsentwicklungsplan
- Straßenerhaltungsmaßnahmen vor Neubau
- Geplanter Rückbau nicht mehr benötigter Verkehrsinfrastruktur
- Intelligente Systeme, um die Straßen heute besser auszulasten, z.B. automatische Zuschaltung der Standstreifen auf Autobahnen, Tempolimit, erweiterte LKW Maut, die Möglichkeit von City-Maut für Kommunen etc.
- Kostenwahrheit im Verkehr
- Anreizsysteme für mehr Güter auf die Schienen

Grünes Ziel:

Mobilität für alle – aber nicht durch mehr Verkehrsaufkommen, sondern durch intelligentere Formen der Mobilität

Maßnahmen für Kommunen und Land:

- Ausweitung bedarfsorientierter ÖPNV-Systeme, wie „Stop-on-demand“- Haltestellen, Anruflinienbusse und Anrufsammeltaxis, Bürgerbusse
- Velo-Taxis
- Pendler-Netze, Mitfahrzentralen
- Konsequente Radverkehrsförderung, einschließlich Leihfahrräder und E-bike/car-Systeme
- Barrierefreie Gestaltung der Zugänge zu Bahnsteigen
- Shared Space

Gute Beispiele:

Bürgerbusse: www.buergerbusse-in-deutschland.de

In Bayern z.B. [buebla.de](http://www.buebla.de) ; www.bibergerbuergerbus.de



Velo-Taxis z.B.

www.velotaxi-nuernberg.de

Das Leihfahrradsystem ist in Paris besonders erfolgreich, auch im Abo erhältlich

www.velib.paris.fr

Pendlernetz Bayern:

bayern.pendlernetz.de/title.php

Bedarfshaltestellen, z.B. bei der Westfrankenbahn

www.bahn.de/westfrankenbahn/view/mdb/westfrankenbahn/fahrpl_ne/MDB58816-infoplakat_bedarfshaltestellen_a3_version2_neu.pdf

Anrufsammeltaxis: z.B. in Miesbach:

www.ast-miesbach.de

Bildung und Kultur – Teilhabe für alle

Die kulturelle Vielfalt in Deutschland ist gerade in strukturschwachen Regionen – aber nicht nur dort – und unter Einbeziehung des demografischen Wandels gefährdet. Um diese Vielfalt und damit auch die Integrationswirkung von Kultur gewährleisten zu können, müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, allen EinwohnerInnen die Möglichkeit zu bieten, sich zu bilden, und an Kultur und gesellschaftlichem Leben selbstbestimmt teilhaben zu können.

Der Wandel stellt aus unserer Sicht nicht nur eine Gefahr, sondern auch eine Chance für die schwächeren Regionen dar. Das Publikum von morgen, also Seniorinnen und Senioren kann man ansprechen, indem man barrierefreie Zugänge anbietet und Kulturveranstaltungen ggf. kombiniert mit einem Bus Shuttle Service oder Ähnlichem durchführt.

Bildung beginnt und endet nicht mit der Schule – gerade in strukturschwachen Gebieten ist das Bildungsangebot ein wichtiger Standortfaktor.

Bildung und Kultur gemeinsam können uns unterstützen bei der Lösung von Problemen von morgen, die wir heute noch gar nicht kennen. Daher müssen Bildung und



Kultur überall und für alle möglich sein. Irgendwann gibt es nicht mehr in jeder kleinen Gemeinde eine eigene Grundschule, irgendwann lohnt sich nicht mehr überall eine kleine Bibliothek. Gleichzeitig bietet sich auch hier wieder eine große Chance: altersübergreifende Klassen werden vermehrt im ganzen Land eingeführt. Kindergärten und Grundschulen können gegenseitig voneinander profitieren, Ökobilidungsstätten im ländlichen Raum können eine ganze Region stärken etc.

Die Teilhabe an Bildung und Kultur als Basis einer Wissensgesellschaft muss jedem Menschen, egal ob in der Stadt oder auf dem Land, ermöglicht werden!

Grüne Vorstellungen:

Möglichkeiten und Forderungen für Schulen:

- Schulschließungen vermeiden, z.B. durch kreative Konzepte mit altersgemischten Klassen
- Der Transport zur Schule muss für die Schülerinnen und Schüler auch in weiterführende Schulen kostenlos bleiben
- Internetbasierte Lernformen sollten verstärkt werden. Grundlage hierfür ist ein schneller DSL Anschluss in ländlichen Regionen
- Längeres gemeinsames Lernen bietet die Chance für kleinere Gemeinden, ihre Schulen zu erhalten
- Kommunen sollen mehr Autonomie erhalten, passgenaue Schulmodelle für ihre Region anzubieten

Möglichkeiten und Forderungen für Kultur:

- Kulturelle Einrichtungen, die in der Lage sind, auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Besonders gute Ansätze finden sich hierbei in soziokulturellen Einrichtungen

- Eine klare Regelung der Verteilung der Finanzmittel für Kultur, um strukturschwache Regionen zu unterstützen (wie z.B. in Sachsen)

- Ökologische Bildungsstätten oder Fokussierung auf Lernen und Kultur im Alter
- Vorhandene Strukturen an den demografischen Wandel anpassen, d.h. evtl. leer stehende Klassenzimmer für Seniorenangebote nutzen

Positive Beispiele:

Burg Hohenberg bei Eger ist eine ökologische Bildungsstätte und ein Ort für deutsch-tschechische Begegnungen.

www.oekoburg.de

Das sächsische Kulturraumgesetz, welches den Finanzausgleich innerhalb des Landes regelt, gleichzeitig aber auch die Kommunen zur kulturellen Arbeit verpflichtet de.wikipedia.org/wiki/Kulturraumgesetz

Weiterführende Infos:

www.soziokultur-bayern.de

www.fonds-soziokultur.de/html/sozioset.html

www.kupoge.de

Technische Infrastruktur – kommunal und bedarfsgerecht

Die technische Infrastruktur – also nicht nur Straßen, sondern auch Kanalisation, Klärwerke, Gas- und Stromversorgung u.ä. – gehört zu den langlebigen Investitionen. Die Nutzungsdauer von Trinkwasserversorgungsanlagen und Kanalisation beträgt ca. 80 Jahre. Je weniger Menschen diese technische Infrastruktur nutzen, desto teurer wird es für den Einzelnen: das Verhältnis der Fixkosten zu den Verbrauchskosten liegt bei ca. 80 zu 20.

Man muss also bei Veränderungen und Investitionen heute die zukünftige Entwicklung bereits mitdenken. Durch den demografischen Wandel kann es sein, dass in einigen Orten z.B. zu wenig Wasser durch die Kanalisationen gespült wird, so dass einzelne Systeme rückgebaut werden müssen, um nicht funktionsuntüchtig zu werden.

Die Kosten dieser technischen Vorsorge hängen von der Siedlungsstruktur ab und sind räumlich unterschiedlich hoch. Dementsprechend könnte auch die Abgabenlast mittel- bis langfristig umso deutlicher ansteigen, je weitläufiger die Siedlungsstruktur ist.



Einrichtungen der öffentlichen technischen Infrastruktur müssen in kommunaler Hand bleiben, um flexibel auf zukünftige Entwicklungen reagieren zu können

Unter die technische Daseinsvorsorge fällt auch die Versorgung mit DSL-Anschlüssen, die sicherlich in Zukunft nicht mehr wegdenkbar sind und die noch nicht überall gleichermaßen gewährleistet ist. Natürlich fallen darunter auch Straßen und Energieversorgung. Näheres hierzu siehe in den Kapiteln Mobilität und Energieversorgung.

Grüne Positionen:

- Kommunale Kombilösungen, d.h. Verwaltungen einzelner Kommunen müssen sich zusammenschließen, um zu kostengünstigen Lösungen zu kommen
- Kooperationen von Städten und Gemeinden erhöhen die Versorgungssicherheit
- Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze und eine Stärkung der Stadtwerke
- Kein Anschluss an Klärwerke nur der Anschlussquote wegen, d.h. da, wo dezentrale Einrichtungen sinnvoll sind, sollten sie auch bleiben
- Modernisierung der Wasser- und Abwasserversorgung nach den Grundsätzen nachhaltiger und ökologischer Wasserwirtschaft, z.B. durch Nutzung von Regenwasser, Brauchwasser etc.
- Rückbau sollte stets von außen nach innen erfolgen, damit nicht einzelne Menschen von Versorgungsleistungen abgeschnitten werden
- Einrichtung von Bürgerbüros, die Außenfunktionen verschiedener Ämter übernehmen

Eine flächendeckende Versorgung durch DSL-Netze ist für den ländlichen Raum notwendig

- Die Versorgung mit einem schnellen Internetanschluss gehört zur Daseinsvorsorge und soll für jeden Haushalt garantiert werden

Gute Beispiele und Infos

Die Stadt Sankt Augustin hat die Energieversorgung Sankt Augustin (EVG) gegründet, die mit dem Auslaufen der Gaskonzession das Erdgasnetz von der rhenag übernehmen will. Partner sind die Stadtwerke Bonn: www.sankt-augustin.de/home/page_sta_6580.html

Kalchreuth, eine kleine Gemeinde in der Nähe von Nürnberg, hat sich entschlossen um Kosten zu sparen und die Umwelt zu schützen, ab 2013 das Abwasser nach Nürnberg zu leiten, dort ist dann auch das Klärwerk besser ausgelastet. Wenn das alles so klappt wie geplant, dann kann das eine klassische „Win-win-Situation“ werden. alturl.com/9k9fp

Infoportale zu DSL:

www.kein-dsl.de

www.dsl4all.q1.st

Flächenverbrauch – Innenverdichtung statt Zersiedelung

Der tägliche Flächenverbrauch in Deutschland liegt derzeit bei ca. 100 Hektar am Tag. Das erklärte Ziel der Bundesregierung ist es, die tägliche Flächenversiegelung bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar am Tag zu senken!

In Bayern verschwinden täglich 16 Hektar Land unter Beton und Asphalt. Das entspricht einer Fläche von 23 Fußballfeldern. Der Flächenverbrauch des Freistaates steht damit an der Spitze der alten Bundesländer. Wohn- und Gewerbegebiete schießen wie Pilze aus dem Boden.

Viele Bürgermeister sehen nur einseitig die Vorteile einer Baulandausweisung. Den Kredit für den Kauf des Grundstücks und die Erschließung zahlt die Gemeinde langfristig zurück, aber der Verkauf von Grundstücken spült kurzfristig frisches Geld in die Kassen. Dabei werden verdeckte Kosten, z.B. für die Infrastruktur meist nicht voll eingerechnet.

Ökologische Folgen

Die natürliche Leistungsfähigkeit und Regelungsfunktion der Böden und damit ein wesentlicher Teil des Naturhaushalts gehen mit Überbauung und Bodenverdichtung,



mit Abgrabung und Ablagerung, unwiederbringlich verloren. Durch die Zerschneidung und den Verlust an Lebensräumen verschwindet die Artenvielfalt, es gibt Probleme beim Hochwasserschutz und der Qualität des Grundwassers.

Die Folgen des hohen Flächenverbrauchs sind nicht nur ökologisch unverantwortlich. Die dadurch entstehende Siedlungsstruktur führt zu langfristig untragbaren Infrastrukturkosten, weiteren Wegen und Verkehrszunahme und damit zu wirtschaftlichen und sozialen Folgewirkungen, die jeden Einzelnen zunehmend treffen werden. Überdimensionierte Infrastruktur kostet Geld und muss in Zukunft von immer weniger Menschen erhalten und unterhalten werden.

Hoher Flächenverbrauch ist ökologisch
unverantwortlich und hat negative wirtschaftliche
und soziale Folgewirkungen

Grüne Forderungen:

- Stopp von unnötigen Straßenbaumaßnahmen
- Innenraumverdichtung statt neuer Baugrundstücke, z.B. durch eine Reform der Grundsteuer, die dichte Bebauung entlastet und flächenintensive Siedlungsformen, z. B. Einkaufszentren auf der grünen Wiese weitaus stärker belastet
- Ausweitung der naturschutzrechtlichen Eingriffs- und Ausgleichsregelung durch das zusätzliche Gebot, für neue Flächeninanspruchnahme andere Flächen zu entsiegeln
- Eine versiegelungsabhängige Abwassergebühr gibt es bereits in einigen Kommunen. Sie bietet Anreize, bereits versiegelte Flächen zu entsiegeln und beim Neubau auf umfangreiche Versiegelung zu verzichten
- Gewährung steuerlicher Vorteile bei der Nachnutzung von Recyclingflächen
- Ökologisierung des kommunalen Finanzausgleichs: die Abhängigkeit der Kommune von der Geldzuweisung aus der Einkommens- und Gewerbesteuer muss reduziert werden

Gute Beispiele und Links:

Viele Beispiele gibt es auf der Seite des bayerischen Umweltministeriums:

www.stmug.bayern.de/umwelt/boden/bestpractice/2niederb.htm

www.umweltbundesamt.de/boden-und-altlasten/boden/gefahrdungen/flaeche.htm

Positionspapier zum Flächenverbrauch:

www.toni-hofreiter.de/dateien/Positionspapier_Flaechenverbrauch_Toni.pdf

Broschüre zur Innenentwicklung: www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/53375



Energieversorgung – effizient und erneuerbar

Derzeit wird rund ein Viertel des inländischen Energieaufkommens in Deutschland gewonnen, drei Viertel werden importiert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den fossilen Energieträgern Kohle und Öl, die zu etwa 60 Prozent zur Energieversorgung beitragen. Uran als Rohstoff für Atomkraftwerke muss zu 100 Prozent importiert werden.

Fossile Energieträger haben einen hohen CO₂-Ausstoß und sind endlich. Atomenergie ist zu gefährlich und zu teuer. Deshalb muss die Zukunft der Energieversorgung langfristig zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen stammen. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn Energie gespart wird, die vorhandenen Geräte und Anlagen weniger Energie verbrauchen und die Erneuerbaren massiv ausgebaut werden.

Aus nachwachsenden Rohstoffen und erneuerbaren Energien lässt sich viel machen: Strom, Wärme, Sprit – vor allem aber noch erheblich mehr Arbeitsplätze und Gewinn für alle Beteiligten. Im Stromsektor darf es zu keiner Laufzeitverlängerung für AKWs kommen. Nur wenn fossile und atomare Kapazitäten nach und nach vom Netz gehen, ist dort genügend Platz für den steigenden Anteil an erneuerbarem Strom.



Viele gehen bereits den Weg zur energetischen Selbstversorgung. Wenn die Energie vor Ort erzeugt wird, bleibt auch die Wertschöpfung dort. Das gibt auch Stadtwerken die Chance, neben den großen Energieversorgern zu bestehen. Manche Kommunen kaufen sogar ihr Stromnetz zurück und bestimmen selbst über ihre Stromlieferanten.

Zukunft der Energieversorgung:

Energie einsparen

Energie effizient nutzen

Erneuerbare Energie einsetzen

Grüne Forderungen:

- Atomausstieg beibehalten bzw. wieder herstellen
- Förderprogramme zum Energiesparen
- Energetische Gebäudesanierung fördern
- Effiziente Geräte und Maschinen gesetzlich vorschreiben (top-runner Programme)
- Private Investitionen zur Energieerzeugung unterstützen
- Kraft-Wärme-Kopplung, Kombikraftwerke, Geothermie fördern

Kommunale Initiativen:

- Energiewendebeschluss durch Gemeinderat oder Kreistag
- Kommunales Energiemanagement
- Energiemessen mit Handwerksbetrieben
- Bürger-PV-Anlagen
- Stromnetze intelligent ausbauen

Positive Beispiele:

Bürger kaufen ihr Stromnetz zurück: EWS Schönau
www.ews-schoenau.de

Kombikraftwerk:
www.heise.de/tr/themen/foren/S-Man-muss-ganz-Europa-betrachten/forum-178245/list/

Eine Gemeinde versorgt sich selbst:
www.ascha.de; www.furth-bei-landshut.de
www.unendlich-viel-energie.de/de/detailansicht/article/4/kommunale-wertschoepfung.html



Landwirtschaft – ökologisch und gentechnikfrei

Die Landwirtschaft ist derzeit geprägt von einem tiefgreifenden Strukturwandel – ein beschönigender Begriff für das anhaltende Bauernsterben. Obwohl die Subventionszahlungen der EU etwa 60 Milliarden Euro jährlich betragen, kämpfen viele, vor allem kleine Betriebe weiter um ihre Existenz.

Da vor allem die Größe der Betriebe für die Subventionszahlungen ausschlaggebend ist, werden Bauern gezwungen, entweder zu wachsen oder zu weichen.

Durch die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft schreitet das Artensterben dramatisch fort.

Das Grundwasser ist durch die intensive Tierhaltung gefährdet und Gentechnik hat nach wie vor in der Politik und beim Bauernverband starke Befürworter.



Für viele bäuerliche Betriebe ist die Erzeugung von Bioprodukten und qualitativvollen gentechnikfreien Lebensmitteln die einzige zukunftssichernde Perspektive.



Als Jobmotor bringen ökologische Betriebe zudem mehr Arbeitsplätze aufs Land – sie beschäftigen im Schnitt ein Drittel mehr Menschen als die konventionellen Betriebe.

Fördermittel sind daher grundsätzlich an Naturverträglichkeit, Ressourcenschonung, Klimaschutz und artgerechte Tierhaltung zu koppeln: Industrielle Massentierhaltung, Legebatterien und Gentechnik führen in eine Sackgasse.

Nur eine gentechnikfreie Landwirtschaft, die auf Qualität setzt und Artenvielfalt, Wasser- und Bodenqualität berücksichtigt, ist langfristig zukunftsfähig

Grüne Vorstellungen:

- Transparenz über die Erzeugungskette
- Bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln
- Bessere Förderung und Ausbau der ökologischen Landwirtschaft
- Verbot der Agro-Gentechnik deutschlandweit
- Stärkung von regionalen Kreisläufen
- Abschaffung von Exportsubventionen, die die Landwirtschaft in Ländern der dritten Welt zerstört
- Umstellung der EU-Subventionen auf die Basis ökologischer und sozialer Kriterien
- Gezielte Förderung für gesellschaftliche Leistungen
- Förderung der Direktvermarktung in Hof- oder Dorfläden
- Beibehaltung der Nulltoleranz von Gentechnik bei Einfuhrprodukten wie Soja

Gute Beispiele und links:

Bioverbände: www.demeter.de;

Biokreis Ostbayern: www.biokreis.de; www.naturland.de

Ökologische Verbraucher-Erzeuger-Gemeinschaft im NO von München: www.tagwerk.net

Netzwerk verschiedener Solidargemeinschaften von Augsburg bis Weilheim: www.unserland.info

Dorfladen-Netzwerk: dorfladen-netzwerk.de



Freizeit und Tourismus – Chance für ländliche Regionen

Das Freizeitverhalten der Menschen hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Die Mitgliedschaft in Vereinen ist nicht mehr so attraktiv, dort gibt es massive Nachwuchsprobleme. Dagegen kam es zu einem großen Run auf Fitnessstudios und Event-Sportarten. Dorfgemeinschaften verlieren so das gemeinsame Band des Vereinslebens. Die Menschen verbringen zunehmend nicht nur die Arbeitszeit, sondern auch die Freizeit nicht an ihrem unmittelbaren Wohnort und nehmen dafür weite Strecken auf sich.

Auch die Urlaubsreisen werden immer weltumspannender und schädlicher für das Klima. Dabei liegt das Gute oft so nah.

Wirtschaftlich gesehen, wird der Bereich Freizeit und Tourismus immer wichtiger: Die Freizeitwirtschaft gilt als die bedeutendste Zukunftsindustrie des 21. Jahrhunderts. Immer mehr Menschen werden mehr Freizeit haben, da immer mehr zum Teil auch wohlhabende und rüstige Seniorinnen und Senioren in Deutschland leben werden.



Es wird für die Regionen von entscheidender Bedeutung sein, sich auf Freizeit- und Tourismuseinrichtungen auch für Ältere einzustellen.

Freizeit- und Tourismusangebote für Senioren sind eine Chance für ländliche Regionen

Die Stadt der kurzen Wege bringt Wohnen, Arbeiten und Freizeit zusammen

Grüne Vorstellungen:

- Ländliche Regionen haben ein enormes Potenzial im Bereich Freizeit (und Gesundheit) gerade für ältere Menschen (Stichwort: Wellness!)
- Bewegungsparks für alle Generationen sind in Städten im Vormarsch
- Stärkung und/oder Reaktivierung von Bahnstrecken für den autonabhängigen Tourismus sowie für den Fahrradtourismus (oder auch E-bike Tourismus)
- Verknüpfung von Tourismusstandorten durch intelligente Busangebote



- Anpassung an den Klimawandel: Alternativer Wintertourismus statt Schneekanonen in den Schigebieten der Mittelgebirge und bayerischen Alpen
- Ausweitung des internationalen Schienenverkehrs sowohl tagsüber als auch im Nachtzugverkehr als Alternative zu innereuropäischen Kurzstreckenflügen
- Fahrradmitnahme in allen Zügen zu attraktiven Konditionen

Gute Beispiele:

Bewegungsparks für alle Generationen:

www.zukunft-finden.de/0,28,58,63,0,0.html

(in Bayern in Nürnberg und Burghausen)

Beispiel für die Reaktivierung einer Bahnstrecke im

Bayerischen Wald: www.ilztalbahn.net

Beispiel für ein gelungenes Bussystem im Nationalpark

Bayerischer Wald: www.bayerwald-ticket.com/fahrplan-und-tarif/igelbus

Stadt der kurzen Wege: Französisches Viertel in

Tübingen: www.franzoesisches-viertel.com

Gesundheitspolitik – flächendeckende Versorgung

In Zukunft sind zwei Aspekte der Gesundheitspolitik von herausragender Bedeutung:

Zum einen ist es die Bezahlbarkeit des Gesundheitssystems, zum anderen die Versorgung der Bevölkerung mit ärztlichen Leistungen.

Zusätzlich wird das Gesundheitssystem immer stärker beansprucht. Die sozialen Sicherungssysteme brechen immer häufiger weg. Familiäre Netzwerke, die kranke und alte Menschen zu Hause betreuen, werden immer weniger.

Zur Daseinsvorsorge der Städte und Gemeinden gehört, alle Voraussetzungen für ein gesundes Leben, eine gesunde Lebensweise und die Gesundheitsförderung zu schaffen und zu erhalten.

Gerade bei einer älter werdenden Bevölkerung ist es wichtig, dass die wohnortnahe ärztliche Versorgung gewährleistet ist. Kommunen können durch optimale Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass sich im Ort Ärzte niederlassen. Hausärzte sollen zukünftig als Lotsen den Patienten helfen, richtig behandelt zu werden. Außerdem können so kostspielige Doppelbehandlungen vermieden werden.



Kleine Krankenhäuser auf dem Land können bestehen, wenn sie sich zu Versorgungszentren weiterentwickeln, in denen Krankenhaus und niedergelassene FachärztInnen zusammenarbeiten. Mit der Unterstützung durch zentrale Großkrankenhäuser bei Diagnostik und Therapie können sie ein weites Feld medizinischer Leistungen abdecken.

Das deutsche Pflegesystem ist auf die Abwanderung junger Leute aus strukturschwachen Gebieten nur unzureichend eingestellt. Damit ältere Menschen auch dort möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben können, muss die wohnortnahe Versorgung weiterentwickelt werden.

Pflege muss sich an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren und zugleich erschwinglich sein. In einer fest verankerten Kombination aus professioneller, nachbarschaftlicher und ehrenamtlicher Hilfe kann das gelingen.

Grüne Forderungen:

Die Sicherung einer wohnortnahen ärztlichen Versorgung ist von großer Bedeutung für Stadt und Land

- Umbau des Gesundheitssystems zu einer solidarischen Bürgerversicherung
- Stärkung des Hausarztprinzips um Doppeluntersuchungen zu vermeiden
- Stärkere Kontrolle der Ausgaben für die pharmazeutische Industrie
- Aufbau von Strukturen für den ländlichen Raum, wie z.B. mobiler Pflegedienst oder telemedizinische Zentren

- Mobile Praxisteams und eine aufsuchende Beratungs- und Versorgungsstruktur
- Regional organisierte Versorgungsverbünde
- Die Bedarfsplanung muss kleinräumiger erfolgen und sollte nicht nur Ärzte, sondern alle Gesundheitsberufe mit einbeziehen

Gute Beispiele und links:

Modellprojekt AGnES in den neuen Bundesländern: Speziell ausgebildete Krankenschwestern übernehmen einen Teil der ärztlichen Tätigkeiten www.forum-gesundheitspolitik.de/artikel/artikel.pl?artikel=1588

Idee einer integrierten Versorgung: www.gesundeskinzigtal.de



Einkaufen – Stadt der kurzen Wege

In den letzten Jahren hat sich der Trend weg vom kleinen Laden, hin zu großen Supermärkten, Baumärkten und factory outlets entwickelt. Wenn sich dieser Trend ungebremst weiter verstärkt, müssen immer mehr Menschen immer mehr Zeit für das Hin- und Herfahren zwischen Arbeiten, Wohnen, Einkaufen und Freizeit aufbringen.

In Dörfern sind viele Dorfbewohner zu Pendlern geworden, die dörfliche Mitte, also die traditionelle Gastwirtschaft, nebst Laden und Schule, ist auf dem Rückzug. In vielen kleinen Orten gibt es seit Jahren kein Lebensmittelgeschäft, zum Teil sogar keinen Bäcker und keinen Metzger mehr.

Die weiteren, durch den demografischen Wandel zu erwartenden Veränderungen im ländlichen Raum verstärken den problematischen Rückgang der wohnortnahen Grundversorgung. In vielen Ortschaften schwindet auch die Dorfgemeinschaft durch ein Fehlen eines Mittelpunktes. Das gleiche gilt analog in Städten für einzelne Stadtteile.

Ein weiteres Problem stellt sich für Menschen ohne Autoverfügbarkeit, vor allem in jenen Orten, die schlecht an den Öffentlichen Nahverkehr angebunden sind.



Hier sind vor allem ältere Leute, die auch mit dem Fahrrad nicht mehr so mobil sind, oftmals darauf angewiesen, dass entweder jemand für sie den Einkauf erledigt oder sie ab und an mitgenommen werden.

Einkaufsmöglichkeiten vor Ort schaffen Arbeitsplätze vor Ort – und sichern damit Existenzen!

Wer wohnortnah arbeitet, braucht kein Auto um zu seinem Arbeitsplatz zu kommen.

Wohnortnahe Versorgung der Menschen mit den Gütern des täglichen Bedarfs durch eine „Stadt der kurzen Wege“

„Rückeroberung“ der Dorfmitte durch Dorfläden

Grüne Vorstellungen:

- Zusammenspiel von Wohnen, Arbeiten und Freizeit muss ohne große Wegdistanzen möglich sein
- Einkaufsmöglichkeiten in Wohnortnähe – auch und gerade in den Dörfern der Zukunft muss die Möglichkeit bestehen vor Ort einzukaufen
- Selbstgeführte Dorfläden – Die Idee der Nachbarschaftsläden ist Organisation des Ladens auf einer nachbarschaftlich-gemeinschaftlichen Basis im Dorf. Der Vorteil ist, dass die Menschen sich auch wieder stärker mit ihrem Wohnort identifizieren und eventuell verloren gegangene Nachbarschaftshilfe wieder auflebt
- Internetbasierte Einkaufsmöglichkeiten, dazu wiederum ist überall DSL-Anbindung nötig
- Rollende Läden, nicht nur für Gemüse und Brot, sondern für verschiedene andere Konsumartikel
- Neue Verknüpfungen, z.B. kann Kinderspielzeug in Kindergärten gekauft werden, Medikamente beim Arzt etc.



Praktische Infos und Beispiele:

dorfladen-netzwerk.de/2009/12/nahbarschaftsladen-sichern-nahversorgung

www.ale-oberpfalz.bayern.de/beispiele/25610/index.php



Wohnformen von morgen – flexibel und generationengerecht

Die Bevölkerungszahl wird sinken und die Menschen werden im Durchschnitt um einiges älter sein als heute, das kann nicht ohne Auswirkungen darauf bleiben, wie wir in Zukunft wohnen werden. Die Städte und vor allem auch die kleineren Gemeinden können nur dann lebendig und attraktiv sein und bleiben, wenn sie auch unter diesen veränderten Bedingungen interessante Wohnmöglichkeiten für die unterschiedlichen Gruppen anbieten.

Wohnen muss in erster Linie für die Menschen bezahlbar sein, daher sind sicher nicht alle Wunschvorstellungen auf einen Schlag zu realisieren. Es ist aber möglich, die Städte und Dörfer in den nächsten Jahren stetig umzubauen, wenn wir schon heute anfangen in einer Art und Weise zu planen und zu renovieren, wie wir später leben und wohnen wollen. Durch sinkende Einwohnerzahlen und Innenstadtverdichtung werden wir dafür ausreichend Platz und Raum zur Verfügung haben.

Natürlich ist ein Niedrigenergiestandard auf Dauer notwendig, um nicht unnötig Energie zu verschwenden, aber auch, um das Klima in den Städten zu verbessern.

Grüne Vorstellungen:

- Barrierefreie Häuser und Wohnungen, nicht nur beim Erreichen der Haustür, sondern auch in den Badezimmern
- In Mehrgenerationenwohnhäusern findet oft der Austausch zwischen den Generationen statt, den es früher automatisch in den Großfamilien gab
- Flexible Wohnungs- und Häusergrundrisse, die je nach Familienlage vergrößert und verkleinert werden können, helfen dabei, die perfekte Wohngröße für jede Lebenslage zu finden, ohne umziehen zu müssen. Wohnungen müssten dabei so flexibel sein, dass sie später auch von Senioren genutzt werden könnten, heute aber z.B. von einer vierköpfigen Familie



- Niedrigenergiehäuser als Standard, Plus-energiehäuser als Ziel
- Begrünte Innenhöfe für die Begegnung der Menschen, aber auch für das Klima
- Neue Wohnflächen dürfen nur sehr sparsam ausgewiesen werden, stattdessen eher Innenraumverdichtung und Umwidmung von Gewerbeflächen
- Sozial gemischte Wohngebiete, um Spannungen zu vermeiden und um Integration zu fördern
- Förderung von genossenschaftlichem Wohnungsbau mit spezifischen Wohnformen im Alter



Praktische Infos und Tipps:

bayerische Mitgliedsorganisationen des Forums gemeinschaftlichen Wohnen e.V.s

www.fgwa.de/index.php?id=48

Projekte in Nürnberg und Regensburg:

www.generationenwohnprojekt-regensburg.de/; www.anderswohnen-eg.de/startseite.html

Zu Plus-Energie-Häusern, siehe:

www.bmvbs.de/Klima_-Umwelt-Energie/Bauen-Wohnen-,3008.1061372/Plus-Energie-Haus-Bauen-fuer-d.htm

oder

www.solarserver.de/solarmagazin/anlagefebruar2003.html



Die Wohnräume der Zukunft sind barrierefrei, energiesparend, flexibel und bezahlbar

2030 – nach uns die Zukunft

Die Welt, in der wir leben, wird sich in den kommenden Jahrzehnten entscheidend verändern. Das ist inzwischen jedem klar. Dass wir aber auf diese veränderten Rahmenbedingungen reagieren müssen, scheint noch nicht in den Köpfen angekommen zu sein. Doch wir sind in der Pflicht, schon jetzt die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Vielversprechende Ansätze gibt es im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Gerade in ländlichen Gebieten nehmen BürgerInnen oft das Heft des Handels selbst in die Hand und tragen so auch zum sozialen Zusammenhalt der Dorfgemeinschaft bei.

Wir wollen mit dieser Broschüre Mut machen, Konzepte und Ideen zu entwickeln, um unsere Umwelt auch in Zukunft lebenswert zu gestalten. Die Beispiele verstehen wir als Aufforderung, neue Formen der Beteiligung zu entwickeln. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, oder auf kommunaler Ebene Bürgerhaushalte, eröffnen solche Möglichkeiten, Einfluss und Verantwortung zu übernehmen.



Dorfentwicklungspläne oder -vereine beziehen Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung ihrer eigenen Belange ein. Nur da wo BürgerInnen ernst genommen werden, können sie Zukunftsperspektiven entwickeln.

Natürlich erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Im Gegenteil sind wir immer auf der Suche nach positiven Beispielen, wie Menschen diese vielfältigen Herausforderungen meistern. Auf der homepage www.toni-hofreiter.de werden wir diese Beispiele zusammentragen.

Wir empfehlen zu den unterschiedlichen angesprochenen Themenfeldern als weitergehende Lektüre folgende Broschüren der grünen Bundestagsfraktion, alle zu finden auf der Seite www.gruene-bundestag.de:

*Grüne Perspektiven für ländliche Räume:
Broschüre „Landliebe“*

*Die grünen Maßnahmen bis 2020, Beschluss der
Bundestagsfraktion: „Energie 2.0“*

*Reader: „Nachhaltige Mobilität ist möglich“; „Green
Car Concept“; „Energie 2030: sicher erneuerbar“*

Broschüre zur Bahnpolitik: „Wir bringen was ins Rollen“

Gesundheitspolitik: „Konzept zur Bürgerversicherung“

Kommunalfinanzen: „Beschluss der Fraktion“

*Grünes Konzept für die Stadt der kurzen Wege:
„Die grüne Stadt der Zukunft“*

Impressum:

Herausgeber: Dr. Toni Hofreiter MdB

Autorinnen: Steffi Leisenheimer
Rosi Steinberger

Layout, Satz: slius GmbH,
Vicky Heinzl

Druck: Laser-Line GmbH
gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Bildnachweise:

Titelbild mit Fotos aus dem Innenteil

Fotos:

Seite 4, 7, 6, 12, 15,16, 25 © Steinberger

Seite 5 © Michaela Runge

Seite 7 © Natalia Bratslavsky@fotolia.de

Seite 8 © Jürgen Frey@pixelio.de

Seite 10 © Frank-Peter Funke@fotolia.de

Seite 14 © Günther Sandmeyer

Seite 16 links © Roland Pfeiffer@pixelio.de

Seite18 © Hermann Schoyerer

Seite 19 © Löwenzahn@pixelio.de

Seite 20 © Angelina-Ströbel@pixelio.de

Seite 21 links © Wanderlinse@flickr.com

Seite 21 rechts © siepmannH@pixelio.de

Seite 22 © Mathias Lohse

Seite 23 links © Niko Korte@pixelio.de

Seite 23 rechts © Bangshof.com

Seite 24 © somenski@fotolia.de

Seite 25 rechts © danielschoenen@fotolia.de

Oktober 2010

Die Welt, in der wir leben, wird sich in den kommenden Jahren verändern. Klimawandel, demografische Entwicklung, Artensterben und das allmähliche Ende der fossilen Energieträger zwingen uns dazu, schon heute Weichenstellungen für das Leben von morgen vorzunehmen.



Dr. Toni Hofreiter, MdB
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 - 7 45 15
Fax: 030 / 227 - 7 66 45
anton.hofreiter@bundestag.de
www.toni-hofreiter.de